

Antrag 27/I/2018**KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!**

1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands soll sich da-
 2 für einsetzen, dass der Mindestlohn auf Jugendarbeit (sie-
 3 he JArbSchG) ausgeweitet wird. Dem entsprechend soll
 4 der gesetzliche Mindestlohn auch für Arbeitnehmerinnen
 5 und Arbeitnehmer ab 15 Jahren gelten. Ausbildungsver-
 6 hältnisse sind davon nicht betroffen. Auch bei einer Erhö-
 7 hung des gesetzlichen Mindestlohns soll Jugendarbeit in-
 8 begriffen sein.

9

10 Begründung

11 Mit der Einführung des Mindestlohns wurde die Lebens-
 12 situation vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
 13 Deutschland verbessert. Dabei blieben die Löhne von Ju-
 14 gendlichen unberührt, weil der Mindestlohn erst ab 18
 15 Jahren greift. Da in den meisten Bereichen minderjähri-
 16 ge und volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
 17 vergleichbare Arbeit leisten, wäre es folglich richtig, die
 18 Gehälter anzugleichen und Jugendliche gerecht zu ent-
 19 lohnen. Darüber hinaus sind junge Arbeitnehmerinnen
 20 und Arbeitnehmer nicht weniger produktiv. Arbeitgebe-
 21 rinnen und Arbeitgeber können von ihren minderjährigen
 22 Aushilfen die gleiche Leistung wie von ihren volljährigen
 23 Mitarbeitern erwarten.

24

25 Wenn Jugendliche während ihrer Schul- oder Ausbil-
 26 dungszeit vorsorgen und sich etwas dazuverdienen, muss
 27 dies mit angemessener Bezahlung honoriert und gewür-
 28 digt werden. Ohne einen solchen Mindestlohn können Ar-
 29 beitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Löhne beliebig wäh-
 30 len ohne sich an einem gesetzlich festgelegten Wert ori-
 31 entieren zu müssen. So entstehen ungerechte Verhältni-
 32 se, deren Auswirkungen schlechter bezahlte Jugendliche
 33 am eigenen Leib erfahren. Wird Jugendarbeit gerecht ent-
 34 lohnt, fühlen sich mehr Minderjährige ermutigt, sich in
 35 der Arbeitswelt auszuprobieren.

36

37 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von
 38 2006 schließt aus, dass bei der Festlegung eines Be-
 39 schäftigungsverhältnisses und dem damit verbundenen
 40 Entgelt zu Benachteiligungen aus Gründen des Alters
 41 kommt. Die SPD ist eine Partei, die seit über 150 Jahren
 42 für Gleichberechtigung kämpft. Die Aufgabe sozialde-
 43 mokratischer Politik muss es sein, dass AGG konsequent
 44 auszuweiten, so dass es überall Anwendung findet. Es
 45 muss deshalb heißen: Gleiches Recht und gleiches Geld
 46 für gleiche Arbeit!

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands soll sich da-
 für einsetzen, dass der Mindestlohn auf Jugendarbeit (sie-
 he JArbSchG) ausgeweitet wird. Dem entsprechend soll
 der gesetzliche Mindestlohn auch für Arbeitnehmerinnen
 und Arbeitnehmer ab 15 Jahren gelten.

**Für Ausbildungsverhältnisse gilt die Mindestausbildungs-
 vergütung.** Auch bei einer Erhöhung des gesetzlichen
 Mindestlohns soll Jugendarbeit inbegriffen sein.